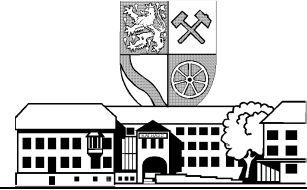


GEMEINDE HEUSWEILER

Beschlussvorlage



Fachbereich I	Drucksache Nr.: BV/0148/19
SPD-, GLN- und GBH-Gemeinderatsfraktion	Datum: 11.11.2019
Beratungsfolge	
Umwelt- und Naturausschuss	nicht öffentlich
Gemeinderat	öffentlich

Betreff:

Ausrufung des Klimanotstands in Heusweiler - gemeinsamer Antrag der SPD-, GLN- und GBH-Gemeinderatsfraktion

Anlagen:

Antrag der SPD-, GLN- und GBH-Fraktion vom 06.11.19

Beschlussvorschlag:

-ohne-

Sachverhalt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Sitzung des Umwelt- und Naturausschuss vom 30.9.2019 wurde vereinbart in einer Arbeitsgruppe die im Betreff genannten Anträge unter Mitwirkung aller Fraktionen erneut zu beraten. Ziel war es einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. An der Sitzung der Arbeitsgruppe haben sich CDU, SPD, GLN, GBH und AFD beteiligt. Im Ergebnis hat sich die Arbeitsgruppe auf den beiliegenden Antrag geeinigt.

Die Fraktionen von SPD, GLN und GBH reichen den Antrag zur erneuten Beratung in einem der nächsten Ausschusssitzungen (Personal u. Finanz oder Bauausschuss) ein.

Die Fraktionen bitten, dass der finale Beschluss in der letzten Sitzung des Gemeinderates im Dezember 2019 stattfinden soll.

Antrag:

Die Fraktionen haben sich im Umwelt- und Naturausschuss darauf geeinigt auf der Grundlage der Anträge von GBH und GNL einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Die Fraktionen von SPD, GLN und GBH stellen den Antrag:

Der Gemeinderat Heusweiler,

Alternativer Vorschlag:

1. erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an,
2. erkennt an, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
3. will die Einführung eines Klima- und Umweltschutzmanagement,
4. fordert den Bürgermeister auf, ein Klimaschutzkonzept für die Gemeinde vorzulegen, das den Iststand sowie verbindliche CO₂-Abbauziele und deren Wege dorthin enthält, mit dem Ziel die Klimaneutralität bis spätestens zum Jahr 2050 zu erreichen. Zwischenziele für das Jahr 2030 sind zu definieren.

Finanzierung:

Die Fraktionen sind sich darin einig, dass die Erfüllung der vorgenannten Ziele, mit dem derzeitigen Stellenplan und ohne die notwendige finanzielle Ausstattung, nicht erreicht werden können. Die Finanzierung einzelner Projekte könnten u. a. durch Mittel des BMU Bundesministerium für Umwelt im Rahmen der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ gefördert werden. Nach Feststellung des Bedarfs sind die Mittel im Haushalt oder einem Nachtragshaushalt zu sichern und der Stellenplan darauf anzupassen.

Maßnahmen:

- Einholen von Angeboten zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes (Extern).
- Finanzierung einer Stelle eines Klimaschutzmanager.
- Prüfung der Bezuschussung auf Europäischer, Bundes- und Landesebene.

Klimaschutzkonzept:

Dazu gehören beispielsweise folgende Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen:

1. Verkehr, erneuerbare Energien, Wärme und Gebäudebestand:

- eine Verkehrswende hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln
 - attraktives ÖPNV-Angebot mit einer Mobilitätsgarantie
 - Verbesserung für die Sicherheit im Radverkehr
 - Mikromobilitäts-Strategie für Heusweiler (z. B. Pedelecs)
- eine konsequente Förderung der Elektromobilität als Übergang zu anderen besseren CO₂ neutralen Antriebstechniken
 - flächendeckendes Netz von Schnellladesäulen unter Mitwirkung der Versorgungsunternehmen
 - sukzessive Bediener unseres ÖPNV in der Umstellung der Linienbusse im auf.
 - Entsprechend das Fernziel den eigenen Fuhrpark zu anderen besseren CO₂ neutralen Antriebstechniken zu ertüchtigen
- Energieeffizienz-Maßnahmen beim Neubau und im Gebäudebestand
 - Hohe energetische Standards beim kommunalen Wohnungsbau und bei der Gebäudesanierung
 - Hinweis auf Förderung von energieeinsparenden Maßnahmen bei privaten Immobilieneigentümern und von Energieberatungsangeboten für Haus- und Wohnungseigentümer und Gewerbe in Zusammenarbeit
 - Einführung der „Grünen Hausnummer“
 - Konsequenter Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere durch den weiteren Ausbau der Fotovoltaik- und Solaranlagen auf gemeindlichen Dächern oder deren Verpachtung.

2. Maßnahmen zu Klimafolgeanpassungen, z. B. eine umfassende Grünflächenstrategie mit dem Ziel des Schutzes/der Förderung gemeindlicher und privater Wald- und Grünflächen. Den Ausbau von Biolandwirtschaft, Förderung der Artenvielfalt. Ein Starkregenkonzept mit entsprechenden Vorsorgemaßnahmen die Folgen zu lindern. Ein Konzept für die Versorgung der Bevölkerung bei Hitzewellen und anderen Extremwetterereignissen.

3. Die Auswirkungen auf das Klima sind bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen und solche Lösungen bevorzugen, welche positive Auswirkungen Klima-, Umwelt- und Artenschutz haben.

4. Zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sind an den wissenschaftlichen Stand anzupassen. Dies kann z. B. der Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sein, insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.

Begründung:

Seit Monaten demonstrieren Hunderttausende Bürgerinnen in Deutschland gegen die Klimaschutz und Umweltpolitik der Bundesregierung. Auch im Saarland sind Bürgerinnen, Bürger und Jugendliche aus Heusweiler bei den Demonstrationen auf die Straße gegangen. Sie fordern umgehende und effektive Maßnahmen, damit die drohende Klimakatastrophe noch verhindert werden kann. Für sie ist klar: Es ist höchste Zeit, zu handeln.

Die weltweite Durchschnittstemperatur ist gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter bereits um 1 °C aufgrund der wachsenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre gestiegen. Um eine unkontrollierbare, globale Erwärmung mit katastrophalen Folgen abzuwenden, müssen die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich erheblich reduziert werden.

Der Klimawandel ist dabei nicht nur ein reines Umwelt-, sondern auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits- und Artenschutzproblem. Viele WissenschaftlerInnen sind sich darin einig, dass uns nur noch ein kurzes Zeitfenster bleibt, um unsere Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Das Tempo, mit dem Klimaschutz derzeit betrieben wird, reicht längst nicht aus, um der jüngeren Generation und allen nachfolgenden Generationen eine sichere Zukunftsperspektive zu geben. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen wir daher so schnell wie möglich deutliche Emissionsreduktionen erreichen. Dies wollen wir auch in der Gemeinde Heusweiler erreichen. Es liegt auch in der Verantwortung unserer Gemeinde, ihre Handlungsspielräume zu nutzen, um der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bekämpfung des Klimawandels gerecht zu werden und die Klimakrise endlich als das zu behandeln, was sie ist: eine existenzielle Krise.

im Auftrag der Fraktionen SPD/GLN/GBH